

Freie Wahl des Arztes sichern

Unterschriftenaktion startet in Nersingen

Gesellschaftskritikerin Renate Hartwig aus Nersingen will Ärzten beim geplanten Ausstieg aus dem jetzigen System den Rücken stärken. Deshalb hat sie nun eine neue Unterschriftenaktion gestartet.

MIRANDA TIEPERMANN

Nersingen. „Die Ärzte werden geknebelt – und wir müssen es als Patienten ausbaden.“ Seit knapp einem Jahr kämpft die Nersinger Gesellschaftskritikerin und Autorin Renate Hartwig als Sprachrohr frustrierter Patienten gegen die „negativen Auswirkungen der Gesundheitsreform“. Aktuelles Beispiel: Eine Unterschriftenaktion, bei der Patienten ihre Solidarität mit dem Hausarzt bekunden. Die ersten Unterschriften haben vor wenigen Tagen rund 300 Besucher des Neu-Ulmer Dietrich-Kino geleistet. Rund 80 Ärzte aus der Region hatten zusammen mit Renate Hartwig zu einem Filmabend mit anschließender Diskussion über das Gesundheitswesen geladen. Dabei wurde auch die von Hartwig initiierte Unterschriftenaktion gestartet.

Anlass für die Aktion: Bayerns Hausärzte sehen die wohnortnahe Versorgung in Gefahr. „Die Hausärzte werden durch überbordende Bürokratie, Dokumentation und Limitierung der erlaubten Medikationen sowie Unterbezahlung zunehmend geknebelt und wegrationalisiert“, sagt Renate Hartwig. „An ihre Stelle treten anonyme, rein gewinnorientierte Versorgungszentren“. Um „amerikanische Verhältnisse“ zu verhindern, bereiten die bayerischen Hausärzte den gemeinsamen Ausstieg aus dem jetzigen System vor. Dieses System, sagt Hartwig, baue auf „einen Knebelparagraphen auf, der verfassungsrechtlich nicht haltbar ist und die freie Arztwahl verhindert“. Auftaktveranstaltung zum geplanten Systemausstieg war der Ärztag in Nürnberg am 30. Januar mit fast 8000 Ärzten.

Renate Hartwig ist überzeugt: „Der Ausstieg aus dem jetzigen System ist für Arzt und Patient der einzige Weg, um dem von der Kassenärztlichen Vereinigung, den Kassen und Politikern immer enger geschnürten Korsett zu entkommen.“ Die Unterschriftenaktion soll die Ärzte beim Systemausstieg unterstützen. „Die Hausärzte brauchen die Rückendeckung von uns Patienten. Das ist in unserem Interesse – damit wir sie als freie und niederge-



Will die freie Wahl des Hausarztes in sichern helfen: Renate Hartwig aus Nersingen. Archivfoto

lassene Ärzte nicht verlieren.“ Die Unterschriftenaktion ist eine von vielen Aktionen, die Renate Hartwig seit der Gründung ihrer Patienteninitiative „Patient informiert sich“ vor knapp einem Jahr in die Wege geleitet hat. Im Internet, mit Plakataktionen, Beschwerdebriefen an Politiker sowie Vorträgen und Podiumsdiskussionen thematisiert sie die Auswirkungen der Gesundheitsreform in Deutschland. Die Nersingerin versteht sich als Sprachrohr der Patienten. Immer wieder facht sie deshalb Diskussionen an: Zum Beispiel über die umstrittene Einführung der elektronischen Gesundheitskarte oder die „Auslagerung von Krankenkassenleistungen an amerikanische, börsennotierte Unternehmen“.

Inzwischen liegen Listen bei rund 8000 Ärzten in Bayern aus, viele weitere sollen noch verteilt oder können im Internet heruntergeladen werden. Bis zum 5. März werden die Unterschriften gesammelt, dann geht der Kampf in die nächste Runde. Renate Hartwig bereitet eine Sammelklage gegen den aus ihrer Sicht „Knebelparagraphen“ (§95, Sozialgesetzbuch 5) vor, der einen kollektiven Ausstieg der Ärzte bisher verbietet. 1400 Patienten als Mitstreiter weiß sie mit ihren Unterschriften hinter sich.

SÜDWEST PRESSE

DIE GROSSE TAGESZEITUNG FÜR ULM, DEN ALB-DONAU-KREIS UND DEN KREIS NEU-ULM

Dienstag, 19. Februar 2008

Die Forderungen

Folgendes will Renate Hartwig aus Nersingen mit ihrer Unterschriftenaktion erreichen:

1. Hausärzte sollen als niedergelassene Mediziner wohnortnah erhalten bleiben. Dazu muss der Arzt aus dem System der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) aussteigen. Bei dieser Entscheidung soll der Arzt unterstützt werden.
2. Der Hausarzt darf nicht in Arbeit ersticken und nur einen geringen Lohn erhalten.
3. Es dürfen keine anonymen Versorgungszentren in Händen gewinnorientierter, teils börsennotierter Unternehmen entstehen.
4. Politiker sollen sich der öffentlichen Diskussion stellen.
5. Die Kassen sollen offenlegen, was mit unseren Beitragsgeldern geschieht.